

Innenpolitik/Energie/Studie/Greenpeace/IHS/Ökostrom/Glawischnig/Grüne

Glawischnig: Greenpeace-Energiestudie belegt Machbarkeit der Energiewende

Utl.:

Grüne: Energiewende muss in Regierung Chefsache werden -
Ökostromgesetz erster Prüfstein

Wien (OTS) - "Die heute von Greenpeace, EVN und vida präsentierte **IHS-Studie** ist ein weiterer eindrucksvoller Beleg für die Machbarkeit der Energiewende, wie sie seit Jahren immer wieder vorgelegt werden. Der Tenor ist klar: Bis 2050 kann Österreich seine Klima-Emissionen um 90% senken, Atomstromimporte verbannen und die teure Import-Abhängigkeit von den klimaschädlichen fossilen Energieträgern Öl, Gas und Kohle beenden", stellt die Grüne Bundessprecherin Eva Glawischnig angesichts der heutigen Präsentation der Studie "Energie [R]evolution 2050" fest. "Wie viele Beweise braucht die Bundesregierung eigentlich noch, um endlich ihre Blockade gegen ein Umdenken in der Energiepolitik aufzugeben und den Weg für eine saubere, sichere und leistbare Energieversorgung durch erneuerbare Energien und Energieeffizienz freizumachen", fragt Glawischnig.

"Die Energiepolitik von SPÖ und ÖVP ist seit Jahren ein Trauerspiel. Der Ausbau erneuerbarer Energien wird behindert, Atomstromimporte steigen, Energieeffizienz ist ein Fremdwort und der öffentliche Verkehr wird kaputtgespart. Das muss sich ändern", verlangt Glawischnig und verlangt: "Die Energiewende muss in der Regierung Chefsache werden. Die zuständigen Minister Berlakovich und Mitterlehner sind offenbar nicht in der Lage bzw. haben kein Interesse an der Energiewende. BK Faymann und VK Spindelegger sollen deshalb dieses zentrale Thema selbst in die Hand nehmen und dafür sorgen, dass endlich etwas weitergeht", verlangt Glawischnig.

Erster Prüfstein ist das neue Ökostromgesetz, das derzeit zur Begutachtung aufliegt und noch vor dem Sommer beschlossen werden soll. "Der aktuelle Gesetzesentwurf von BM Mitterlehner ist völlig unzureichend und in keiner Weise geeignet, um den in der heutigen **IHS-Studie** skizzierten nötigen raschen Ausbau von Ökostrom zu ermöglichen. Hier müssen im Rahmen der parlamentarischen Verhandlungen massive Verbesserungen erzielt werden. Insbesondere der vorgesehene Förderdeckel für Ökostrom muss aufgehoben werden und Ökostromanlagenbetreiber brauchen Planungs- und Investitionssicherheit durch faire und planbare Tarife", fordert Glawischnig, die daran erinnert, dass das Ökostromgesetz 2/3-Materie ist und die Zustimmung der Opposition benötigt.

Rückfragehinweis:

Die Grünen
Tel.: +43-1 40110-6697
<mailto:presse@gruene.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/100/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0113 2011-04-29/10:43

291043 Apr 11

© Copyright APA OTS GmbH und der jeweilige Aussender.

Die Inhalte dienen ausschließlich zur redaktionellen Verwendung und zur individuellen Information des Nutzers. Eine unveränderte Verwendung der Texte, Bilder, Grafiken, Audios und Videos auf einer nicht durch APA OTS autorisierten Homepage ist ebenso wie eine Speicherung in Datenbanken oder eine sonstige Weitergabe an Dritte nicht gestattet. Ebenso sind Direktlinks auf Meldungsaufrufe untersagt. Für den Fall, dass Sie die Inhalte weitergeben, speichern oder gewerblich nutzen möchten, wenden Sie sich bitte an: Tel.++43-1/36060-5300 oder an info@ots.at